

INDONESIEN

Jan Woischnik

2014, im indonesischen Superwahljahr der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen, wird besonders augenfällig, wie wenig das Thema Klimawandel bislang auf der allgemeinen politischen bzw. öffentlichen Agenda angekommen ist. Seit der VN-Klimakonferenz auf Bali 2007 ist das Bewusstsein der Bevölkerung für das Thema zwar gestiegen. Auch wurden einige Regularien entwickelt wie beispielsweise der National Action Plan on Emission Reduction (NAP-ERK), basierend auf den an die UNFCCC abgegebenen Schwerpunkten (Nationally Appropriate Mitigation Action, NAMA). Diese formalen Schritte sind jedoch hauptsächlich dazu gedacht, Indonesien international Geltung zu verschaffen. Auf Provinz- und lokaler Ebene ist das Thema nicht Priorität. Positiv zu verzeichnen sind dagegen immer häufiger zu beobachtende öffentlichkeitswirksame Aktionen der Zivilgesellschaft wie die so genannten „Bike-to-work“-Tage, die „Earth Hour“, die „Plastic Diet“ oder der „My Baby Tree“. Die Initiatoren haben es damit geschafft, landesweit Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen – auch in den Medien.

Von den Parteien werden die Themen Klimawandel und Naturschutz dagegen nicht angesprochen. Keine der zwölf zur Parlamentswahl am 9. April zugelassenen Parteien hat sich im Wahlkampf mit dem Thema Klimawandel auseinandergesetzt – obwohl Indonesien mit seinen rund 17.000 Inseln besonders von den Auswirkungen betroffen ist. Das gleiche gilt für die verschiedenen Bewerber um das Amt des indonesischen Staatspräsidenten. Bei einer Studie des indonesischen Umweltforums WALHI, durchgeführt im März 2014, zeigte sich, dass nur sieben Prozent aller 6.561 für die Parlamentswahlen gelisteten Kandidaten das Thema Umwelt überhaupt in ihrer Wahlkampfagenda thematisieren. Dies ist umso bedenklicher, als für Indonesien die Folgen des Klimawandels immer offensichtlicher werden. Gab es im Jahr 2012 noch 475 Fälle von Naturkatastrophen, so stieg die Zahl derselben im Jahr 2013 auf 1.392 an. Dies entspricht einem Anstieg um 293 Prozent in nur einem Jahr. Hinzu kommt, dass die Chancen auf einen Wahlsieg jener sieben Prozent schlecht stehen, da sie meist kleinen, unbedeutenden Parteien angehören.

Indonesischsprachige Medien setzen sich mit dem Thema Klimawandel nur selten auseinander. Immerhin wird spezifischen Projekten und Initiativen wie REDD und REDD+ eine gewisse mediale Aufmerksamkeit zuteil. Das gleiche gilt für die unübersehbaren Aus-

wirkungen des Klimawandels wie beispielsweise die großen Fluten oder das Mangrovensterben. Eine Ausnahme bilden die Medien der Hauptstadt Jakarta. Dort gibt es bedeutende englischsprachige Tageszeitungen, die sich oft und eingehend mit Themen des Klimawandels auseinandersetzen. Diese erreichen jedoch nur eine kleine gebildete Elite, die in ausreichendem Maße Englisch verstehen kann.

ENERGIESICHERHEIT UND KLIMAWANDEL

Energiesicherheit verdrängt aufgrund der Maxime „Energiesicherheit vor Umwelt“ den Klimawandel in der politischen Diskussion. Daher werden die beiden Themen nur ungenügend im Zusammenhang diskutiert. Es werden weiterhin neue Kohlekraftwerke gebaut, Forstlandschaften zu Nutzland umgewandelt oder zu Bergbauzwecken gerodet. Gerade die Entwaldung großer Flächen ist immer noch das Kernproblem Indonesiens. Bis heute konnte diese nicht gestoppt werden, obwohl sie immer noch für 59,4 Prozent der nationalen Emissionen verantwortlich ist. Hier spielen vor allem die Torfmoorböden eine wichtige Rolle, da sie bedeutend mehr CO₂ speichern als andere Biomasse. Diese gehen durch Waldrodung verloren, beziehungsweise reduzieren sich signifikant bei Bepflanzung mit Ölpalmen. Die Interessen der Wirtschaft stehen hier immer noch klar über Umweltinteressen. Die politische Debatte zu einer Umstellung auf umweltfreundlichere Varianten der Energieproduktion wird immer noch von wirtschaftlichen Motiven bestimmt und weniger vom Willen zu einer nachhaltigeren Energiepolitik. Es zählt die Effizienz neuer Technologien, nicht deren positive Bedeutung bei der Emissionsreduktion.

Indonesien als ein mit reichhaltigen Ressourcen ausgestattetes Land sieht sich von dem globalen Problem knapper werdender Rohstoffe kaum bedroht. Nur etwa die Hälfte des jährlich in Indonesien geförderten Erdgases wird für den Eigenbedarf verwendet, der Rest exportiert. Das Land gewinnt bis heute 87 Prozent seiner Energie aus fossilen Energieträgern, 9,9 Prozent entstammen Wasserkraftwerken und Geothermalenergiequellen, 3,1 Prozent kommen aus der Verwendung anderer erneuerbarer Energiequellen. Insbesondere große Kohle- und Erdgasvorkommen – Indonesien ist weltweit zweitgrößter Steinkohleexporteur – erlauben es Indonesien, diese beiden Energieträger prioritär zu verwenden. Indonesien verfügt über 40 Prozent der weltweit verfügbaren Geothermalenergie, ein Potenzial, das bisher, wie oben gezeigt,

nicht ausreichend genutzt wird, da das Bewusstsein für nachhaltigere Formen der Energieproduktion bei vielen Entscheidungsträgern noch nicht angekommen ist.

INTERNATIONAL

Die EU als weltweit drittgrößter Emittent von Treibhausgasen und ambitionierter Akteur in Sachen Klimapolitik wird von der indonesischen Regierung als Partner im Kampf gegen den Klimawandel wahrgenommen. Indonesien sieht die EU hier vor allem als Unterstützer der eigenen Bemühungen im Zuge der UNFCCC-Projekte. Die Regierung Indonesiens erwartet sich technische und finanzielle Hilfe aus den entwickelten Ländern der EU. Es wurden in der Vergangenheit mehrere Abkommen unterzeichnet wie beispielsweise der im Oktober 2013 ratifizierte Vertrag zur Bekämpfung illegaler Abholzung in Indonesien.

Die deutsche Energiewende ist – wenn überhaupt – nur Fachleuten bekannt. Insofern wird auch Deutschlands Vorreiterrolle im Zuge der Energiewende nur sehr bedingt wahrgenommen. Indonesien plant trotz großer Risiken den Bau zweier Atomkraftwerke auf der Insel Java. Dies wird von Aktivisten scharf kritisiert; nicht nur aufgrund der geografischen Lage Indonesiens, sondern auch vor dem Hintergrund terroristischer Bedrohungen.

Unter Indonesiens Präsident Yudhoyono hat sich das Land – Indonesien ist weltweit viergrößter Emittent von Treibhausgasen – aktiv in die multilaterale Klimapolitik eingebracht. Yudhoyono hat den Klimaschutz zu einem der Kernthemen seiner Regierungsarbeit gemacht. Unter ihm präsentierte sich Indonesien als Gastgeberland wichtiger internationaler Konferenzen wie der VN-Klimakonferenz 2007 auf Bali und der ersten Weltozeankonferenz 2009 auf Sulawesi. Im April 2011 war die Hauptstadt Jakarta Gastgeberin des fünften Business for Environment-Gipfeltreffens, der weltweit wichtigsten Konferenz zu wirtschaftsorientiertem Umweltschutz. Von Aktivisten wird dennoch kritisiert, dass der internationalen Profilierung keine ausreichenden Reformen im Inland folgen. Es besteht der Eindruck, dass es Yudhoyono in erster Linie darum ging, seinem Land international ein gutes Image zu verschaffen.

Wichtigster internationaler Beitrag Indonesiens zur UNFCCC ist die Teilnahme am REDD+-Projekt der Vereinten Nationen. Die Vereinten Nationen genießen in Indonesien auf dem Gebiet der Klimapolitik hohes Ansehen und werden von indonesischen Regierungsverantwortlichen als Schlüsselinstitution zur Bekämpfung des Klimawandels angesehen. Daher beteiligt sich Indonesien mit großem Engagement seit dem Jahr 2007 aktiv an den REDD- und REDD+-Projekten, den zentralen globalen Instrumenten zur Reduktion von durch Entwaldung verursachten Treibhausgasen.

REDD+

REDD+ (Reducing Emissions from Deforestation and Degradation) ist ein Klimaschutzinstrument, das die Erhaltung großflächiger Wälder als Kohlenstoffspeicher finanziell attraktiv machen soll. Von der norwegischen Regierung mit einer Milliarde US-Dollar unterstützt, sollen damit vor allem die Torfmoorböden Zentralkalimantans und Sumatras geschützt werden. REDD+ ist zudem das wichtigste Instrument, um Yudhoyonos Ziel einer Reduktion der CO₂-Emissionen um 26 Prozent bis zum Jahr 2020 zu erreichen. Das Projekt steht noch vor vielen ungelösten Herausforderungen. Bis dato wurden nur 50 Millionen US-Dollar aus dem eine Milliarde zählenden Fond an Projekte in Zentralkalimantan übergeben. Grund dafür ist die schleppende Umsetzung seitens der indonesischen Verantwortlichen. Es wird mittlerweile absehbar, dass das 26-Prozent-Ziel verfehlt wird. Die Haupt-

gründe hierfür sind rechtlicher Art, die Zuständigkeiten der verschiedenen Behörden auf nationaler, Provinz-, Distrikt- und lokaler Ebene sind unklar bzw. widersprüchlich geregelt und überlappen sich zum Teil. Hinzu kommen Schwierigkeiten bei der Umsetzung des 2011 erlassenen Moratoriums gegen Entwaldung von Primärwald sowie die Verweigerungshaltung vieler großer Firmen. Genau dies, die Inanspruchnahme der Wirtschaft für den Naturschutz, war ein großes Ziel der Klimakonferenz in Warschau im Herbst 2013. Immerhin haben sich zwei wichtige Akteure, Nestlé und Asia Pulp & Paper, zu einer Nulltoleranz beim Thema Entwaldung verpflichtet. Auch andere große Firmen in Indonesien ändern mittlerweile ihre Geschäftsprinzipien, da sie international schlechte Presse fürchten.